

Sachsen-Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
1703 für Anhalt und Thüringen 1928

Verlagspreis: monatlich 3 RM. bei annähernd 250 G.M. ...
Halle-Saale
Dienstag, 17. Juli 1928

Halle-Saale
Dienstag, 17. Juli 1928

Anzeigenpreis: für die Werbepost 25 am besten ...
Beschriftung: Halle-Saale

Raubmörder Heim vor Gericht
Beginn des Koburger Prozesses

„Locarno“-Stimmung

Der Gedanke des alten biedereren Berliner ...
Locarno-Stimmung
Der Gedanke des alten biedereren Berliner ...

Die ersten Zeugen

Wannem in der Vernehmung des ...
Die ersten Zeugen
Wannem in der Vernehmung des ...

Das Eisenbahnunglück in Bayern

Scharfe Kritik der Mündener Presse an der Reichsbahn.
Das Eisenbahnunglück in Bayern
Scharfe Kritik der Mündener Presse an der Reichsbahn.

Die Vernehmung des Angeklagten

Der Angeklagte wird verhört. Als er den Saal betritt, ...
Die Vernehmung des Angeklagten
Der Angeklagte wird verhört. Als er den Saal betritt, ...

Bevorstehende Einstellung der Elbe-Schiffahrt

Aus Koblenz wird gemeldet: Infolge der anhaltenden ...
Bevorstehende Einstellung der Elbe-Schiffahrt
Aus Koblenz wird gemeldet: Infolge der anhaltenden ...

Die italienische Note an Amerika

In der Note, die Mussolini auf den letzten Vorkriegstag ...
Die italienische Note an Amerika
In der Note, die Mussolini auf den letzten Vorkriegstag ...

Die letzte Morbidität des Angeklagten

an dem Verdamermerkwürdiger Scherz ...
Die letzte Morbidität des Angeklagten
an dem Verdamermerkwürdiger Scherz ...

Die letzte Morbidität des Angeklagten

an dem Verdamermerkwürdiger Scherz ...
Die letzte Morbidität des Angeklagten
an dem Verdamermerkwürdiger Scherz ...

Die letzte Morbidität des Angeklagten

an dem Verdamermerkwürdiger Scherz ...
Die letzte Morbidität des Angeklagten
an dem Verdamermerkwürdiger Scherz ...

Das Blut ruft

Gedanken zum deutschen Sängertag in Wien

Deutsche Sängertage in Wien! Klingt das nicht, wie: Ahelelele am Rhein, oder anderwärts wie: Weidmannsdank in Ahrweiler, oder ungenügend, wie: Götterfest in Wiesbaden. Sollen wir den Geist der Nation in diesem Götterfest und mit wehenden Wimpeln zum Sängertage auf die Wartburg rufen?

Doch in die brauenden Jubelorgeln, gemischt dem Kreise deutschen Weizens und deutscher Kultur, wollen sich Längende Längende und aufsteigende Flammungen mischen. Wir hören das Schallhorn und Heulen der Wellen, als sie zur Tafelrunde aufsteigen in Versailles und Trianon, wo die trunke Herde der Feder das alte Gesetz in Trümmern schlug, das deutsches Volk und deutsches Reich, Verkommen mit der Welt, noch dieses Weizen die Seele war!

Und drüben über dem festlich gebenden Tisch liegt einer das schäumende Glas: Prost, deutscher Bruder vom Reich! Witter räumt um der Trant die Nische hin. War der nicht einer von denen, die trunken dem Großmannstuch blind für die Feinden der Zeit sich unterwerfen hatten, ein hohes Duos fremdenfürstlichen Kaiser in glanzbehafteten Ringen an dünnen Fäden zusammenzufassen, nicht ebdem der Nische im morfdönernden Bau; die, als er zu geraden drohte, auf deutsche Weibung zu bauen und uns mit hinwegjagen in die veraltenden Trümmern; die uns nicht betrogen? Wer nicht, der aber er nicht einer von denen, die in der Stunde furchtbarer Gefahr in feiger Schlämpe weiterwühlten, immer noch mit dem vertrauten Sädel: der große Bruder mit sich helfen!

Gesellig jucken den Waden, die Nacht am Rhein, die vor 12 und 10 Jahren unsere Väter über dem Rhein hielten, damit sie ihnen die Nacht hielten am Rhein und auf dem Rhein, am Rhein Turmpost und an der Wiede? Die uns heute

in seiner Stunde des heissen unarmen und ruhen: „Stamm, Bruder, wollest du mit mir den Namen haben?“
Doch lüchelt der alte liebe Stephan und sagt: „Zu'st, mein's ist jetzt erst.“ Ach, und der Kaiser himmel, lüchelt und reißt, wie sie sind die süßen Weizen, aus allen Göttern löst alle deutsche Herrlichkeit. Deutsches Wort und deutsche Sang, deutsches Wort! Wer sollte es nicht alles bezeugen: deutsche Gegenwart, daß und Unvollständigkeit der Brüder untereinander, Mühsam und Seufzerhaft, die uns trennen mehr denn zweihundert Jahre lang.

Erinnert nicht des Reutemördes Echo in der reichen Gegenwart zum Namen von Österreich? Und die Erinnerung an den Sängertag? Wie jener alte Schall nicht dem Wimmern der verblühten bayerischen Bauerjungen, die in der Weidmannsdank am Sängertag durch die Mägen zusammengehauen wurden von österreichischen Krummhaken. Schreit nicht noch im Jahre, die Kaiser, der Schindler von Baden, sein Weidmannsdank, mehr der er, als der Vater kämpft, noch ein Feind Wiener Drogenarbeiters zerbröckelt? Sind Brüder! So!

Ja! Brüder sind ja. Aber sie sollen nicht so Feind und sie müssen nicht so sein. Sie sollen sich lieben, verstehen und achten. Sie sollen voneinander lernen und sich helfen. Im Namen sollen sie das? Weil Götterfest hart macht, nicht doppelt, nein, geistlich so stark. Weil die Götter der Dämonen stärker sind, als alle Vandalen, wie sie Götter, geistige oder materielle Gemeinlichkeit zu erzeugen können. Doch, deutsche Sängertage, vergeht nicht, wenn auch die österreichischen Krummhaken Götter der Dämonen sind, die uns alles, nachdenklich, zurückzuführen: Wir wollen eine Zeit — Wollt er auch ja! Zögert ihr aber noch lange, so wird der Tag kommen, an dem wir euch jagen! — tsch —

die Ankunft des Socarno-Wagens in Berlin nun beständig Socarno-Geist laien und zugleich Zeugnis dieses Wahnes auf jeden sogenannten „Socarno-Frieden“ am Rhein waren?

Welche Gefühle mag man im beliebigen Gebiete für das einige Gedächtnis von „Befreiungsstritten“ hegen, wenn man an den 14. Juli denkt, wenn man erneut an diesem unglücklichen Nittreiter einer Beladung noch zehnjährigen sogenannten „Frieden“ das wahre Gesicht des ganzen Socarno-Kummels richtig einschätzt? Und dennoch werden die bei uns nicht alle, die immer wieder begeistert für Socarno eintraten und sich nicht scheuen, die Socarno-Stimmung selbst mit anstrengenden Verkehrsmitteln und Berliner Droschkentüchern zu fördern.

O. Fr.

Die Pensionäre

Die auf die Pensionen haben die Pensionäre und insbesondere die Altpensionäre der Reichsregierung und der Erklärung der Reichsregierung entgegen. Nichts ist hoch auf Grund der Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten, die diese bei der Weidmannsdank stellen und durch ihre Abgeordneten Hofmann und Schmidt vertreten lassen, annehmen, es würde ihnen in mindeligen in der Reichsregierung die Erfüllung der Wünsche zugesagt. Nicht von Weidmannsdank ist aber gefordert, nichts richtig sich von der linken Seite im Reichstag für die Pensionäre und Altpensionäre. Man verlagert sich zunächst bis zum Herbst und wird dann zweifellos mit langwieriger Grundsatzprüfung, was gefordert kann, d. h. nach der Durchführung der Reichsregierung.

Die auf die Pensionen der Antipartien löbenden Beamten und Pensionäre haben mündig gemacht bei der Wahl ihre Schuldigkeit getan, jetzt hat man Zeit, ihren Wünschen nachzukommen; denn je länger diese Frage hinausgeschoben wird, desto weniger Pensionäre und Altpensionäre sind es, die verlangen. Die auf die Reichsregierung den Pensionären bei ihrem Eintritt durchproben, was sie sicherlich halten wird, nämlich die Pensionierung!

Stahlhelm und Nationalfeiertag

Zu den inzwischen vorläufig gescheiterten Versuchen der Antikriegs in Deutschland, den 11. August als Nationalfeiertag einzuführen, nimmt der Stahlhelm folgendermaßen Stellung:

Ein Nationalfeiertag ist Gegenstand für ein Volk, das in Freiheit und Ehre lebt. Solange das deutsche Volk Freiheit und Ehre nicht wiedergewonnen hat, kann es nicht an einen Nationalfeiertag denken. Wenn aber dazu die Zeit gekommen ist, dann wollen wir den Tag feiern, an welchem das deutsche Reich gegründet worden ist. Die Erfüllung der Wünsche der Tag der Begründung des deutschen Kaiserreiches, der Tag, der zuerst nach den Wirnissen und Vergängen vieler Jahrhunderte zum ersten Male wieder die Einheit der deutschen Stämme gesehen hat, der Tag, der eine feste und ehrenvolle Geschichte des gesamten deutschen Volkes einleitete.

Der Tag des 11. August aber nicht für unsere Erinnerung ungenügend verbunden mit dem Tage der Inthronisation und des Bezugs und dem anderen Tage der Schmach, an welchem das Schicksal der Feinde von einer Volksvertretung, die sich deutsche Nationalversammlung nannte, angenommen wurde. Solange diese Verbindung bestehen können, ist es für einen erheblichen Deutschen unmöglich, den Tag des 11. August als Nationalfeiertag zu feiern. Und es ist eine unerbittliche Zumutung, solchen Erinnerungen einen Feiertag zu weihen. Wer es anders sieht, der mag sich in der Erinnerung seines Sieges freuen, der auf stolzen deutschen Wäldern deutscher und deutschen Volksgenossen errungen wurde. Aber dieser Tag ist kein deutscher Nationalfeiertag. Ihn nicht lassen, daß dieser Tag für das deutsche Volk ein Trauertag sein muß.

Wozen

Die italienische Siegesfeier in Wozen ist vorraus. Hebrä wird von ihr nur das Denkmal, der Triumphbogen für den von den Österreichern während des Krieges hingerichteten Hochverräters Cesare Battisti. Hebrä besitzt nur die Erinnerung daran, daß derselbe Mann von Wozen aus den Kampf um die Freiheit des Vaterlandes geführt hat. Dies Königswort wurde von einem Mannen haben Nachrecht schon vergessen, und das, was die Italiener selbst nicht in Versailles anerkannten, der deutsche Charakter dieses Kommandos, wird nicht vergessen. Das deutsche Volk wird nicht vergessen, daß dieser Mann von Wozen aus den Kampf um die Freiheit des Vaterlandes geführt hat, das was keine Nation erwartet hatte, war nichts, aber auch gar nichts zu verspüren.

Seulleton

Salz, 17. Juli.

Ein Kirchenmusikabend

Mr. und Kirchenmusikabend in der Moritzkirche.

Witten in die Ferien hinein bestreute uns am Sonntag Adolf Wiewer, der hallefische Kirchenorganist, einen interessanten Abend mit zwei neuen modernen Kompositionen, und zwar „Ex profundis ad astra“ von dem Leipziger Komponisten und Chorleiter Franz Weber-Ambros, und eine „Nordische Sonate in H-Moll“ von Lothar Bengalin, Organist an der Auenkirche zu Berlin-Dahlem.

Hier haben die Entfaltungsbefähigung Adolf Wiewers, der keine Regel stets in unumkehrlich großer Formbarkeit erfinden ließ, bewundert; da es ihm um Werke handelte, die nur einen Kameraden und Kenner der Kirchenmusikorgel ganz gelingen können. Diesmal trat Wiewer sich in dem jungen vielversprechenden Organisten Alfred Schäufelr-Abolnath, das das erwähnte Werk gemeldet ist und der die Violenzorgel zu mehreren veränderte, eine geistliche Musik erregte, die nicht nur die reichlichen Gelegenheiten nicht immer die gewohnte und gewöhnliche Auslegung erfahren, vor allem aber die Liebergenregter das Bewusstsein von Unwissenlichen nicht immer glücklich schied. Mindererwähnt erregte aber und in echter Art erlangte die populäre und dankbare Kunst auf der Ebene der Witten von Bach. Hier war das meiste Flug und weit abgeholt, technisch einwandfrei und zugleich an richtiger Stelle jugendlich feurig geleitet.

Das Werk von Weber-Ambros verbindet mit der getragenen Stimmung und Klang ohne Wertung. Es erfinden wenn auch oft gar zu christlich und in der Situation manchmal belanglos, das ein Werk von Witten auf der Ebene der Witten von Bach. Hier war das meiste Flug und weit abgeholt, technisch einwandfrei und zugleich an richtiger Stelle jugendlich feurig geleitet.

Die Sorgen der Republikanischen Weidmannsdankstelle

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. Berlin, 16. Juli.

In der „Westfälischen Zeitung“ war vor einigen Tagen folgender Bericht zu lesen:

In den Personalangelegenheiten für die Beamten der Reichsfinanzverwaltung mußten bisher die Angaben des Glaubensbekenntnisses sowohl für die Beamten wie für ihre Hinter angefüllt werden. Die Republikanische Weidmannsdankstelle hat sich nun an den neuen Reichsfinanzminister Dr. Siffert gekehrt und mit dem Hinweis auf Artikel 139, Absatz 8, der Reichsverfassung, wonach niemand verpflichtet ist, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren, Änderung verlangt. Der Minister hat das folgende Antwortschreiben mit eigenhändiger Unterschrift erlassen: „In den Personalangelegenheiten der Reichsfinanzverwaltung ist in Frage nur das Glaubensbekenntnis der Beamten sowie ihrer Ehefrauen und Kinder aus dem Grunde vorgefallen, um bei Einstellungen und Versetzungen von Beamten ihren eigenen Wünschen auf Erfüllung religiöser Bedürfnisse nach Möglichkeit Rechnung tragen zu können. Ein Antrag zur Änderung des Glaubensbekenntnisses in den Personalangelegenheiten wird nicht ausgeübt. Beschwerden sind mir bisher auch nicht bekannt geworden. Im etwaigen Zweifel zu beistehen, wird bei einem Neubau der Normaldienst durch einen besonderen Zufall darauf hingewiesen werden, daß die Angelegenheit der Frage nach nicht besteht. Geg. Siffert.“ Gott segne!

Die Räumung des Rheinlands für Frankreich ein Geschäft

(Telegraphische Meldung.)

Paris, 16. Juli.

Der „Zentralpost“ berichtet die Ansicht, Frankreich solle auf die deutsche Forderung nach Räumung des Rheinlands folgende Antwort erlassen:

1. Deutschland könne sich nicht auf sein gutes Recht berufen; denn es könne doch nicht mit einem Gewinne befreit sein, daß es alle seine Verpflichtungen erfüllt habe, nachdem es ein Jahr Dankschreiben befragt habe. Wer die Garantie dafür, daß Deutschland weiter zahlen werde?

2. Deutschland und Frankreich sollten freundschaftlich prüfen, ob nicht ein besonderes Abkommen über die Rheinländerung denkbar sei, d. h. Deutschland solle sagen, was es Frankreich als Gegenleistung anbieten habe.

3. In Zukunft habe Frankreich die ersten Bedingungen eines Geschäftes festgelegt. Deutschland habe die ersten Bedingungen aufzuheben, welche Frankreich den Schmutz, Deutschland über wiederholt aufgegeben habe, kein Geschäft zu veranlassen.

4. Frankreich solle Deutschland antworten, daß die deutschen Forderungen festgelegt worden seien; es sei nicht Deutschlands Aufgabe, sie zu ändern.

5. Die deutschen Diplomaten seien stets auf dem Stand, wenn es gelte, Europa oder Amerika im Hilfe zu rufen, um Deutschland vor dem Bankrott zu retten, und auf politischen und finanziellen Gebietes Frankreich zu verurteilen. Man wolle sich nicht scheuen, warum Deutschland wieder in London nicht in demselben Schritte zu einer umfassenden Regelung ergreife. Die Mobilisierung der Verpflichtungen aus dem Dankschreiben und die Befreiung der französischen Schulden an die Alliierten sowie die Räumung des Rheinlands mit Recht verlangen.

Politische Umschau

Meier und Otto in Berlin. Nach einer Meldung der „D. A. Z.“ sind die deutschen Vertreter der U. C. G. Meier und Otto, die im Dankschreiben gesprochen worden sind, am Sonnabend in Berlin eingetroffen.

Brasilien will am Kellogg-Pakt teilnehmen. Die Zeitung „La Stampa“ meldet, daß sich die Regierung von Brasilien an den Staatssekretär der Vereinigten Staaten gewandt und mitgeteilt, daß Brasilien zur Teilnahme am Kellogg-Pakt eingeladen zu werden wünscht.

Norris lehnt die Präsidentenwahl ab. Nach Meldungen aus Washington hat Senator Norris erklärt, daß er das Angebot der Farmer und Arbeiter, ihn zum Präsidentenwahlstandbittern aufzustellen, nicht annehmen werde.

China will den Handelsvertrag mit Frankreich nicht erneuern. Nach Meldungen aus Schanghai hat der Außenminister der nationalen Regierung ein französisches Gesandnis eine amtliche Mitteilung zugehen lassen, wonach der 7. Juli abgelaufene französisch-chinesische Handelsvertrag nicht erneuert werden soll.

Von deutschen Hochschulen

Wien.

Professor Dr. Fritz Hildebrandt an der Medizinischen Akademie in Düsseldorf hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl der Pharmakologie an der Universität Gießen als Ordinarius des Fachs, Medizinischen Julius Seppert angenommen.

Zum Rektor der Universität Gießen ist für das Studienjahr 1928/29 der Professor der Klassischen Philologie Dr. Rudolf Herzog gewählt worden. Der neue Rektor ist ein geborener Thüringer. Auf Folgerung seiner Universitätsstudien war er im höchsten Schuldienst, zugleich als Stabskommissar der Reichsministerkommission tätig. Als Stabskommissar des Deutschen Archäologischen Instituts unternahm er Studienreisen in Italien, Ägypten, Griechenland und Kleinasien. 1900 habilitierte sich Herzog in Erlangen für Klassische Philologie und Altertumskunde. Im Auftrag der Berliner Akademie der Wissenschaften unternahm er eine Studienreise zur Sammlung der griechischen Inschriften auf den Inseln Kos und Rhodus und nahm später an einer Ausgrabungs Expedition auf der Insel Kos zur Aufdeckung des Hippokratelion und anderer Sehenswürdigkeiten teil. 1908 wurde Herzog a. o. Professor in Erlangen. Fehlte später als Ordinarius des Faches auf Nachfolger von Prof. Dr. Gehlen und 1914 nach Gießen als Nachfolger von Alfred Störte über. Prof. Herzog ist Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts und korrespond. Mitglied des Österreichischen Archäologischen Instituts.

Für das Fach der Geographie habilitierte sich an der Universität Innsbruck der Subident Dr. phil. Hermann Lautenschlag mit einer Arbeit über die geographische Individualität im Rahmen der physischen Geographie.

Leipzig.

Als Privatdozent für Betriebswirtschaftslehre ist an der Handels-Hochschule Leipzig Dr. Paul Deufsch zugelassen worden. Seine Arbeitsgebiete sind allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Markt- und Preislehre, ferner Konjunkturforschung vom Standpunkt der Unternehmung. Dr. Deufsch erhielt seine Ausbildung in Leipzig an der Handels-Hochschule, sowie an der Universität, behandelt die kaufmännische Diplomprüfung und promovierte 1924 zum Doktor der Staatswissenschaften mit der Dissertation „Die Oberbischöfliche Normalindustrie vor und nach der Teilung des Industriebezirks“.

Landwirtschaft - Handel - Industrie

Preise, Löhne, Unternehmerr Gewinn

Löhne sind Preise - Gewinne aus der Rationalisierung durch Lohn-erhöhungen aufgezehrt - Die Wirtschaft ist keine Wohlfahrtseindring- tung - Keine Wirtschaft ohne Rentabilität

Wirtschaftliche Probleme auf rein der Handelsmäßiger Grundlage zu unterziehen, ist heute eine unheimliche Aufgabe. Die Abwehr gefährlicher Angriffe und um sich das Wohlwollen der Öffentlichkeit nicht zu verlieren, haben sich auch Unternehmerkreise dazu gedrungen lassen, ihre Artikel und Fertigkeiten mit dem besten Geld menschensfreundlicher Einstellung und sozialer Rücksichtnahme zu versehen. Dadurch ist die ungeheure Gefahr betriebsfremder Vorkämpfe, daß sich unser Volk entzweit hat, nach Tausenden zu erhöhen. Während die Kommunisten mit brutaler Offenheit ihre Anschuldigungen und Ziele herantreiben, hat sich die sogenannte liberale Wirtschaftsopposition hinter der zweite Verteidigung: „Einfachheit nur, daß wir auch noch leben!“ Wer würde sich nicht nach, daß dieser Politik von der anderen Seite Gegenmaßnahmen vorgeworfen wird? - Wir freuen uns daher, einen Aufsatz vorfinden zu können, der aus der Feder eines berühmten Vertreters der Unternehmerrschafft kommt von Dr. Paul Ruppel, Schriftführer der Dresdener Kaufmannschaft. Eine sehr und tiefe, aber auf Grund scharfer Urteile werden hier einige brennende wirtschaftspolitische Fragen behandelt. Die Schlichtung.

Abgesehen von der unmittelbaren Regelung der Preisbildung durch den Staat, wie sie auf wichtigen Wirtschaftsgütern wie z. B. dem Wohnungsmarkt heute durch Gesetz vorgesehen ist, besteht die Besteuerung außerdem noch unmittelbar bei der Preisbildung der gesamten deutschen Wirtschaft durch die

Bestimmung der Löhne und Arbeitsbedingungen mit Hilfe des Schlichtungsverfahrens

und der Verbindlichkeitsklärung von Schlichtungsprüfern. Dieser Zustand hat sich, wenigstens für den oberflächlichen Betrachter, bisher insofern bewährt, als wir dadurch in den letzten Jahren vor wirtschaftlichen Krisen durch große Arbeitslosenbewegungen, wie sie z. B. England in seinem Verarbeitereis erlebt hat, verschont geblieben sind. Trotzdem aber ist die Aufstellung der Wirtschaft, daß der Staat auf die Dauer nicht in der Lage ist, ohne Verdrängung des Wohles der Gesamtheit in die

Rechtsprechung, die zu rein materiell betrachtet, auch einen eingetragenen durchsicht.

Daß der Einbruch hat entstehen können, dieses System sei durchaus tragbar, ist nämlich darauf zurückzuführen, daß ihm wesentliche Umstände zugefügt gekommen sind mit denen auf die Dauer nicht zu rechnen ist. Dies ist einmal die

aufsteigende Konjunktur

der letzten Jahre. Wenn sie auch mehr der Menge wie der Densität nicht bedenklich war, so hätte sie doch wohl durch das freie Spiel der Kräfte zu derselben Erhöhung des Lohnniveaus geführt, die tatsächlich das Schlichtungsverfahren auch geregelt hat. Würde die Konjunkturaufwindung jedoch in anderer Richtung gegangen, dann hätte die bisherige Forderung des Schlichtungsverfahrens schon jetzt Schlichtung erlitten müssen.

Daß dies nicht geschehen ist, ist außerdem noch der seit Kriegsende durchgeführten

Nationalisierung unserer Erzeugnisse

zu verdanken, von der der preußische Handelsminister Dr. Schreiber im vorletzigen Landtag ausgeführt hat, daß sie z. B. im Bergbau von 1924 bis 1928 eine Lohnsteigerung von 35 Prozent ermöglicht habe, während die Kohlenpreise nur etwas über 2 Prozent angezogen hätten.

Sie ist nun geseitigt zu bedenken. Die Nationalisierung ist oftmals nicht anders durchgeführt worden, um den steigenden Lohnforderungen zu genügen, sondern hauptsächlich deshalb, um dem ausländischen Wettbewerb entgegenzutreten zu können. Während sich durch die Verdrängung der deutschen Erzeugung die Selbstkosten immer mehr steigerten, wurde der

Spielraum für den Unternehmerr Gewinn immer geringer, dessen Erhaltung aber ein wesentliches Ziel der Rationalisierung war. Daß dieses nicht erreicht worden ist, weil ein zu großer Teil der Rationalisierungsergebnisse durch die angeführten Umstände, besonders aber durch Erhöhung der Löhne und Soziallagen aufgezehrt worden ist, geht aus den Verhältnissen des Zeitlichkeitsvergleichs über die Erzeugung in die Jahre 1913/14 bis 1928/29 und im Jahre 1928/29 441 Prozent betragen für gegenüber einer Verminderung guter feinstverarbeiteter Produkte von einem 4 Prozent vor dem Krieg und etwa 8 Prozent heutzutage. Dieser können die Folgen der wirtschaftlichen Rationalisierung gar nicht bestritten werden als durch die Tatsache, daß heute das am Risiko nicht beteiligte Exportkapital sich etwa doppelt so hoch verzinst wie das allen Risiken unterworfenen Unternehmerrkapital.

Da dieser Zustand höchst ungünstig ist, wird niemand bestreiten, trotzdem ist aber nicht damit zu rechnen, daß darin bei der jetzigen Zusammenfassung unserer Regierung in absehbarer Zeit eine Besserung zu erzielen ist. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die von ihr zu beabsichtigende Beibehaltung der bisherigen Lohnpolitik zu einer Verschärfung der Lage führen muß, da die Rationalisierung ein Maximum und damit einen gewissen Sättigungszustand erreicht hat, so daß es nicht mehr möglich ist, auf diesem Wege etwaige Lohnsteigerungen ohne gleichzeitige Preiserhöhungen auszugleichen.

Während aber der Arbeitsminister und seine Schlichter die Löhne immer mehr erhöhen, so oft ein Tarifvertrag abläuft, läßt die Industrie nicht nur bei den Verhandlungen, sondern auch in der Öffentlichkeit sich über die Lohnforderungen nicht vernehmen. **Widerstand, wenn sie versucht, durch Betriebsräte die so geleisteten Selbstkosten heranzubringen.**

Dies muß dann nicht nur der Nachweise bedürftig erbringen, daß diese Maßnahmen nötig sind, sondern auch, daß sie sich in den meisten Branchen halten, anstatt zu bekennen, wie es Gustav Stolper in seinem Aufsatz „Der gestiefelte Kapitalismus“ im Deutschen Volkswort tut: „Die Industrie will in die niedrigen Selbstkosten hohe Preise und nicht rechtliche Bindungen setzen. Das liegt im Wesen des kapitalistischen Strebens, und der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft ist dazu da, dieses wirtschaftliche Grundgesetz zu verwirklichen. Aber das darf er in Deutschland nicht tun. Er muß nachsehen, daß er nicht verlernt, daß die höchsten Preise noch zu niedrig sind und von der Kapitalistenklasse zu fordern, daß sie sich nicht von der unteren Preis- und Lohnpolitik überreden lassen, sondern sich die Wirtschaftsgüter der heutigen Regierungszusammenlegung bedienen, daß

die Wirtschaft keine Wohlfahrtseinrichtung darstellt, sondern zum Verdiensten da ist

und daß das in der angelegte Kapital mit dem gleichen Recht eine andere Verwendung findet, als die der Arbeiter einen angemessenen Lohn. Die Wirtschaftsdienst dieses Kapitalismus unter Preis- und Lohnpolitik überdrückt allen wirtschaftlichen Gesetzen und muß daher mit der Zeit zu schweren wirtschaftlichen Erschütterungen führen.

Daß, daß diese Politik fehlerhaft ist, ist schon jetzt ein untrüglicher Beweis vorhanden, und zwar die oben angeführte Tatsache, daß bei uns der Kapitalismus seit Jahren weit über den Verhältnismäßigkeiten großer lebenswichtiger Gebiete der deutschen Wirtschaft liegt. „Eins Zwangsmitglied, kein politischer Feind.“ Ein Eintrag von Regierungsmacht kann aber, wie Stolper weitgehend sagt, ein Lohnniveau, kann eine Sozial- und Exportpolitik retten, die

Grundarbeit der Wirtschaft, eine ausbreitende Kapitalflut, vernichtet. Wenn die nächste Depressionsperiode der Konjunktur wieder Hunderttausende von Arbeiter- und Familienfamilien und Tausende von Unternehmerrfamilien dem Elend preisgibt, dann ist dies ein Zeichen, daß ein altes Lebergeheiß für den Anschauungsunterricht über die Mangelhaftigkeit der Wirtschaft sein, die man vorher misachtet hat.“

50 und 60 Prozent eines guten Durchschnitts. Schlecht war der Anlauf der zu den ersten Jahren, die die Wirtschaft erlittende große Krise mit entzündendem Wind bis zum Verbrechen der Getreideernnte durchzuführen und es andererseits die Forderung des Staatlichen und Sozialistischen seinen Schaden zuzufügen, ist einig diskutierbare Fragen.

Die Finanzierung der mitteldeutschen Ernte ist wegen der Unmöglichkeit der Landwirtschaft, und der gesamten Lage auf dem Gesamtmarkt, ein besonders schweres Problem, nämlich die Finanzierung von Rohstoffen und Wechseln sowie die Höhe der Steuererträge die Finanzierungsfragen der Landwirtschaft erhöhen. Es darf jedoch erwartet werden, daß die mitteldeutsche Landwirtschaft mit verhältnismäßiger Unterstützung der zuständigen Stellen über alle Schwierigkeiten bei der Finanzierung hinwegkommt. Eine Erleichterung ihrer finanziellen Situation wird allerdings bei mitteldeutschen Landwirtschaft durch die „Anfahndungsbank“ nicht in höherem Maße gewährt, da nach dem mitteldeutschen Gebiet etwa nur 2/3 Millionen dieser Kredite fließen sollen, eine Summe, die im Vergleich mit dem Gesamtmarkt ein geringes Gewicht fällt und zudem noch nicht in den Händen der Landwirtschaft ist. Anzugeben ist die kurzfristige Verfügbarmachung erheblich fortgeschritten.

Vielleicht dürfte sich die Stützungsaktion der Marktwirtschaft, wie sie in dem landwirtschaftlichen Notprogramm zum Ziel vorgeschrieben ist, verwirklichter auswirken. Auch eine Verbesserung der Absatzorganisationen kommt in Betracht, um der Landwirtschaft betriebsfremde Preise zu vermeiden.

Die Preise für die Produkte der Landwirtschaft haben noch immer in keinem rechten Verhältnis zu den tatsächlich geschaffenen Kosten und Nutzen der Landwirtschaft, und finden nicht immer die für diesen Zweck notwendigen Nebenrentabilität. Sehr unfruchtlich ist die Frage, ob die Transaktion zwischen der Rentenanstalt - Preisnachfrage und der Steuer-Gruppe, einem Konzern des Getreidehandels und der Milchindustrie, durch welche fälschliche Schwankungen des Getreidepreises einseitig und Einfluß auf den Getreidepreis - indirekt durch die öffentliche Hand - gewonnen werden soll, eine betriebsfremde und falsche Gestaltung der Getreidepreise erreichen wird. Man wird erwarten müssen, nach welcher Richtung diese Maßnahme, die in der nächsten Zeit für die gesamte deutsche Getreidewirtschaft sich bemerkbar machen wird und eine Marktwirtschaftlich als Wirtschaftspolitik der landwirtschaftlichen Getreidemärkte darstellt, sich auswirken wird. Eine neue, nicht nur unbedeutliche Verantwortung des Staates für eine rein wirtschaftliche Angelegenheit ist damit geschaffen worden.

Erfolge der Werkvereine

Eine der bedeutendsten Schwächen der sogenannten „Werkvereine“ (arbeitsfriedliche, auch „gelbe“ genannt) war bisher die mangelnde Tariffähigkeit. Sie haben um dieses Manko mit Aufgebot aller Kräfte gekämpft. Der Erfolg, den sie bisher erreicht haben, zeigt folgende Zusammenfassung von Urteilen der Verwaltungsbehörden und Gerichte:

Regensburg, 16. August 1927: Entscheidung der Regierung der Oberpfalz dahingehend, daß der Einigungs- und Sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (a) und b) des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die Verletzung der von Werkvereinen vorgenommener Verträge dem Arbeitsgericht Nürnberg abzugeben ist.

Bremen, 8. September 1927: Urteil des Schlichtungs- und Schlichtungsgerichts Bremen, daß dem Antrag der Werkvereine (Korn- und Angestellte) der Stadt Bremen auf Wählung von Vertretern - neben den gewerkschaftlich beteiligten - Tarifverträge aufzupreisen ist.

Berlin, 20. September 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin auf Anerkennung des Werkvereins der Stadt Potsdam als einer tariffähigen, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Wuppertal, 1. Februar 1928: Urteil des Reichsarbeitsgerichts auf Zurückweisung der gegen das Erkenntnis des Landesarbeitsgerichts Berlin eingeleiteten Revision; die Entscheidung des letzteren bleibt somit zu Recht bestehen.

Wolff, 20. Oktober 1927: Urteil des Amtsgerichts Wuppertal auf Abschaffung des Werkvereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Wuppertal, insofern dieser nicht mit der Arbeitsgerichtsamt getätigte Tarifverträge für den Betrieb rechtsfähig ist.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Anerkennung des als inoffizielle Grundlage der zwischen Arbeitervereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Stettin, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Augsburg, 20. März 1928: Urteil des Schlichtungs- und Schlichtungsgerichts Augsburg auf Ablehnung eines Antrages des landesdemokratischen Arbeiterverbandes, an Stelle eines Tarifvertrages einen gewerkschaftlichen Tarifvertrag zu schließen.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Anerkennung des als inoffizielle Grundlage der zwischen Arbeitervereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Stettin, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Wuppertal, 1. Februar 1928: Urteil des Reichsarbeitsgerichts auf Zurückweisung der gegen das Erkenntnis des Landesarbeitsgerichts Berlin eingeleiteten Revision; die Entscheidung des letzteren bleibt somit zu Recht bestehen.

Wolff, 20. Oktober 1927: Urteil des Amtsgerichts Wuppertal auf Abschaffung des Werkvereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Wuppertal, insofern dieser nicht mit der Arbeitsgerichtsamt getätigte Tarifverträge für den Betrieb rechtsfähig ist.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Anerkennung des als inoffizielle Grundlage der zwischen Arbeitervereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Stettin, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Augsburg, 20. März 1928: Urteil des Schlichtungs- und Schlichtungsgerichts Augsburg auf Ablehnung eines Antrages des landesdemokratischen Arbeiterverbandes, an Stelle eines Tarifvertrages einen gewerkschaftlichen Tarifvertrag zu schließen.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Anerkennung des als inoffizielle Grundlage der zwischen Arbeitervereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Stettin, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Wuppertal, 1. Februar 1928: Urteil des Reichsarbeitsgerichts auf Zurückweisung der gegen das Erkenntnis des Landesarbeitsgerichts Berlin eingeleiteten Revision; die Entscheidung des letzteren bleibt somit zu Recht bestehen.

Wolff, 20. Oktober 1927: Urteil des Amtsgerichts Wuppertal auf Abschaffung des Werkvereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Wuppertal, insofern dieser nicht mit der Arbeitsgerichtsamt getätigte Tarifverträge für den Betrieb rechtsfähig ist.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Anerkennung des als inoffizielle Grundlage der zwischen Arbeitervereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Stettin, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Augsburg, 20. März 1928: Urteil des Schlichtungs- und Schlichtungsgerichts Augsburg auf Ablehnung eines Antrages des landesdemokratischen Arbeiterverbandes, an Stelle eines Tarifvertrages einen gewerkschaftlichen Tarifvertrag zu schließen.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Anerkennung des als inoffizielle Grundlage der zwischen Arbeitervereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Stettin, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Wuppertal, 1. Februar 1928: Urteil des Reichsarbeitsgerichts auf Zurückweisung der gegen das Erkenntnis des Landesarbeitsgerichts Berlin eingeleiteten Revision; die Entscheidung des letzteren bleibt somit zu Recht bestehen.

Wolff, 20. Oktober 1927: Urteil des Amtsgerichts Wuppertal auf Abschaffung des Werkvereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Wuppertal, insofern dieser nicht mit der Arbeitsgerichtsamt getätigte Tarifverträge für den Betrieb rechtsfähig ist.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Anerkennung des als inoffizielle Grundlage der zwischen Arbeitervereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Stettin, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Augsburg, 20. März 1928: Urteil des Schlichtungs- und Schlichtungsgerichts Augsburg auf Ablehnung eines Antrages des landesdemokratischen Arbeiterverbandes, an Stelle eines Tarifvertrages einen gewerkschaftlichen Tarifvertrag zu schließen.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Anerkennung des als inoffizielle Grundlage der zwischen Arbeitervereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Stettin, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Wuppertal, 1. Februar 1928: Urteil des Reichsarbeitsgerichts auf Zurückweisung der gegen das Erkenntnis des Landesarbeitsgerichts Berlin eingeleiteten Revision; die Entscheidung des letzteren bleibt somit zu Recht bestehen.

Wolff, 20. Oktober 1927: Urteil des Amtsgerichts Wuppertal auf Abschaffung des Werkvereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Wuppertal, insofern dieser nicht mit der Arbeitsgerichtsamt getätigte Tarifverträge für den Betrieb rechtsfähig ist.

Stettin, 13. Dezember 1927: Urteil des Landesarbeitsgerichts Stettin auf Anerkennung des als inoffizielle Grundlage der zwischen Arbeitervereins (Korn- und Angestellte) der Stadt Stettin, wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern.

Augsburg, 20. März 1928: Urteil des Schlichtungs- und Schlichtungsgerichts Augsburg auf Ablehnung eines Antrages des landesdemokratischen Arbeiterverbandes, an Stelle eines Tarifvertrages einen gewerkschaftlichen Tarifvertrag zu schließen.

Vor der Ernte in Mitteldeutschland

Vericht des Halle'schen Landvereins.

Von dem diesjährigen Ernteaussfall wird es mehr noch als von allen Interimssituationen abhängen, ob der deutschen Landwirtschaft eine Erleichterung ihrer Notlage geboten wird. Denn eine günstige Ernte würde eine gefällige Grundlage für die Selbstkosten der Landwirtschaft bilden. In Mitteldeutschland ist der Ernteaussfall für die Gestaltung der heimischen Wirtschaftslage noch von besonders hohem Wert, weil in unserem landwirtschaftlich-industriellen Gebiet die Landwirtschaft neben der Industrie einen gleichbedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellt. Und die Lage der gesamten deutschen Wirtschaft wird durch den mitteldeutschen Ernteaussfall wesentlich beeinflusst, da Mitteldeutschland eines der wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsgebiete Deutschlands ist.

Die Ernteaussfälle in dem Bezirk können jetzt, unter dem Vorbehalt des Abhanges günstiger Witterung, außerordentlich beurteilt werden als noch vor wenigen Wochen. Die Nachteile des langanhaltenden kalten und ungenügenden Wetters wurden in letzter Zeit durch vermehrte Niederschläge und dann eintretende Wärme wenigstens zum Teil ausgeglichen. Die bisher nicht sonderlich hoffnungsvollen Ernteaussfälle haben sich soweit gebessert, daß zur Zeit zum mindesten mit einer Ernte vom Umfang der vorjährigen, die als gute Mittelenernte anzusehen wird, gerechnet werden können. Die Gefahr, daß der Ernteaussfall in Mitteldeutschland hinter dem Normstand etwas zurückbleibt, durch die Einflüsse der warmen Witterung noch so weit aufgeholt werden, daß eine nicht allzu verlorene Ernte zu erwarten ist. Gegenwärtig zeigt der Regen, der in Mitteldeutschland bevorzugt angeht, mit einem gewissen und kräftigen Stand, vor allem, so gute Seiten auszuweisen. Auch der Regen ist nicht unbedeutend. Die hauptsächlichsten Nachteile Mitteldeutschlands, die Zuckerrübe, weist allerseits einen guten Anlauf auf. Bei Wintergetreide ist infolge der Auswirkungen des fröhlichen Winters im Frühjahr mehrfach ein längerer Bestand festzustellen. Auch bei den Getreidearten wird hier und dort der Mangel gefühlt. Der Sommergetreide steht fast allenthalben gut. Besonders günstig haben sich im Saalegebiet, wo die Wassermenge bekannt und hochwertige Saaleernte angeht, die Weizen erntet, so daß eine gute Qualität der Mitteldeutschen Weizen zu erwarten ist. Die Getreidearten des Wintergetreides sind bereits gemäht. Der Strohtrichter wird allgemein als geringer bezeichnet. Der Stand der Kartoffelfelder liegt im allgemeinen zwischen

Deutschlands Biererzeugung

Insgesamt wurden hergestellt:

1927/28	51,6 Millionen Hektoliter Bier
1926/27	48,3 Millionen Hektoliter Bier
1925/26	47,5 Millionen Hektoliter Bier
1924/25	38,1 Millionen Hektoliter Bier

Bierverbrauch pro Kopf der Bevölkerung



Wochenbericht über den Markt der Rohwolle der Gemme- und Privatart. Im Gegensatz zu der flauen und unfröhlichen Tendenz an den übrigen Wertpapiermärkten blieb die Stimmung am Rohwollmarkt auch in der vergangenen Woche durchaus freundlich. Das Interesse für Rohwolle verkehrte sich im Laufe der Woche und des Rohwollmarktes war an den letzten unter Wert bereit. Das herauskommende Material wurde nicht nur glatt aufgenommen, sondern es wurden sogar verhältnismäßig höhere Preise angelegt. Die Geschäftstätigkeit erzielte sich auf fast sämtliche Werte. Ein besonders angeregter Verkehr entwickelte sich am Spinnmarkt, wo die Rohwollleistungen teilweise eine außerordentlich hohe Ernte erreichten. Am Rohwollmarkt war die Kurssteigerung trotz allem Geschäft nicht einseitig. Hier lagen vor allem Rohwollarten-Matten mehr unter dem Druck der herrschenden Tendenz für Terminpapier. Diese Matten (Kassafurz vom 6. 7. - 248 Prozent, Kassafurz am 13. 7. - 237 Prozent) verloren 2 Prozent. An der Wollspinnfabrik (Kassafurz) zeigte sich jedoch die stärkere Abwärtsbewegung an der Berliner Börse. Das herauskommende Material wurde nicht nur glatt aufgenommen, sondern es wurden sogar verhältnismäßig höhere Preise angelegt. Die Geschäftstätigkeit erzielte sich auf fast sämtliche Werte. Ein besonders angeregter Verkehr entwickelte sich am Spinnmarkt, wo die Rohwollleistungen teilweise eine außerordentlich hohe Ernte erreichten. Am Rohwollmarkt war die Kurssteigerung trotz allem Geschäft nicht einseitig. Hier lagen vor allem Rohwollarten-Matten mehr unter dem Druck der herrschenden Tendenz für Terminpapier. Diese Matten (Kassafurz vom 6. 7. - 248 Prozent, Kassafurz am 13. 7. - 237 Prozent) verloren 2 Prozent. An der Wollspinnfabrik (Kassafurz) zeigte sich jedoch die stärkere Abwärtsbewegung an der Berliner Börse. Das herauskommende Material wurde nicht nur glatt aufgenommen, sondern es wurden sogar verhältnismäßig höhere Preise angelegt. Die Geschäftstätigkeit erzielte sich auf fast sämtliche Werte. Ein besonders angeregter Verkehr entwickelte sich am Spinnmarkt, wo die Rohwollleistungen teilweise eine außerordentlich hohe Ernte erreichten. Am Rohwollmarkt war die Kurssteigerung trotz allem Geschäft nicht einseitig. Hier lagen vor allem Rohwollarten-Matten mehr unter dem Druck der herrschenden Tendenz für Terminpapier. Diese Matten (Kassafurz vom 6. 7. - 248 Prozent, Kassafurz am 13. 7. - 237 Prozent) verloren 2 Prozent. An der Wollspinnfabrik (Kassafurz) zeigte sich jedoch die stärkere Abwärtsbewegung an der Berliner Börse.

Geologische Förderung des Schweineexportes durch die Reichsregierung. Der von Reichsregierung durch Erhöhung von Ausfuhrsteuern geförderter Export deutscher Schweine nach Österreich hat in letzter Zeit stark zugenommen; die Ausfuhr nach Estland-Vorlagen liegt stetig weiter. Beim Export nach Italien haben sich infolge Schwierigkeiten der dortigen Wirtschaft die Einfuhr von Schweinen nicht gut entwickeln lassen, so daß unter Umständen Grenzschlichter erachtet werden müssen. Die Verhandlungen mit Frankreich wegen Lieferung von Schweinen auf Reparationskonto sowie im freien Verkehr haben noch kein endgültiges Ergebnis gezeigt.

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt